

Zusammenhalt stärken und Gemeinschaft schützen -

Verantwortliche Politik in Zeiten von Populismus und Demokratieverdrossenheit

Wir leben in Zeiten eines rasanten Wandels und massiver Veränderungen. Das bereitet vielen Bürgern in unserem Land Sorgen und Ängste. Die Herausforderungen durch Globalisierung, Klimawandel, Digitalisierung, Migration und Flüchtlingsnot, aber auch eine Vielzahl internationaler Krisen, kriegerischer Konflikte und innen- wie außenpolitischer Bedrohungsszenarien, wie z.B. Terrorismus und organisierte Kriminalität bleiben nicht ohne Wirkung auf das Lebensgefühl der Deutschen. Die deutsche Gesellschaft erlebt zudem einschneidende demographische Wandlungsprozesse, sie wird kulturell, religiös und sozial heterogener und unübersichtlicher.

Der gesellschaftliche Zusammenhalt wird vermehrt von den radikalen Rändern her bedroht und Angriffe auf unsere demokratischen, rechtsstaatlichen und freiheitlichen Grundlagen nehmen zu. Auch der deutsche Parlamentarismus gerät unter Druck. Eine verstärkt außerhalb der Parteien stattfindende Willensbildung, die Erosion klassischer politischer Lager und der Überfluss an Informationen in und jenseits einer zersplitterten Medienlandschaft bergen ein enormes Konflikt- und Eskalationspotenzial. Äußerst besorgniserregend ist es, wenn immer öfters nicht mehr Argumente sachlich ausgetauscht werden, sondern persönliche Angriffe auf Andersdenkende gestartet werden und wenn populistische Parolen, Hassreden, öffentliche Anprangerungen und Beleidigungen sowie Fake-News auch in der Breite der Gesellschaft wahrzunehmen sind.

Wir können auf diese neuen politischen Gefährdungstendenzen nur dann die richtigen Antworten finden, wenn wir die aktuelle gesellschaftliche Gesamtsituation realistisch in den Blick nehmen und zu verstehen versuchen, was es mit dem in den vielfältigsten Zusammenhängen zu beobachtenden Phänomen des Populismus tatsächlich auf sich hat. Es ist wenig sinnvoll, wenn der Begriff des Populismus in inflationärer und unreflektierter Art und Weise auf alles und jeden Anwendung findet oder gar zur beliebigen ideologischen Kampfformel missbraucht wird, um sich damit der eigentlichen politischen Debatte ohne weitere Argumentationsbemühungen bequem zu entziehen bzw. sich damit gegen jeweils unliebsame Meinungen und Überzeugungen Andersdenkender zu immunisieren. Es muss vielmehr darum gehen, das im Kern freiheitsfeindliche und demokratiegefährdende Potential des populistischen Unwesens klar zu benennen und – in all seinen möglichen Varianten und bisweilen verkappten Spielarten - offen zu legen.

Herausforderung „Populismus“

"Wir sind das Volk" war einst Freiheitsanspruch und Freiheitsruf der Menschen in der DDR, der vor 30 Jahren eine Mauer zum Einsturz brachte, die sie ihrer Freiheitsrechte beraubt hatte. Es war der Freiheitsruf der Menschen gegen den Totalitarismus und die Diktatur des Sozialismus, der seinen Herrschaftsbereich mit Mauer und Stacheldraht sowie einem das ganze Volk erfassenden Bespitzelungsapparat auf brutale, zynische und menschenverachtende Weise absicherte. Heute wird derselbe Freiheitsruf jedoch von radikalen Kräften missbraucht und einer frei gewählten, sich alle vier Jahre erneut der Abstimmung durch die Bürger stellenden und somit abwählbaren Regierung hasserfüllt entgegen gebrüllt. Ist das etwas anderes als eine Verhöhnung derer, die jahrzehntelang ihrer Freiheit der Rede, Freiheit der Versammlung, Freiheit der Meinung, Freiheit der Wahl beraubt waren?

Aber genau in einer solchen, sich selbst ermächtigenden Anmaßung, in der in einer parlamentarischen Demokratie der Anspruch "Wir sind das Volk" erhoben wird, zeigt sich eine neue Erscheinungsform von Populismus. Bisher wurde oft schon von Populismus gesprochen, wenn komplizierte politische Probleme auf einfache Formeln reduziert werden, die in einer Bierzelt-Atmosphäre lautstarke Zustimmung finden können, zur konkreten Lösung politischer Probleme aber letztlich ungeeignet sind. Vorbereitung, Ablauf und Folgen der Brexit-Abstimmung illustrieren in gewisser Weise eine solche Form von Populismus, die zwar auch schon äußerst problematische politische Folgen und unabsehbare Verwerfungen zeitigt, sich aber dennoch durch gesamt-demokratische und rechtsstaatliche Verfahren legitimiert sehen kann. Der Populismus des heutigen "Wir sind das Volk"-Anspruchs hat demgegenüber eine ganz andere Dimension: Hier wird nämlich in einem Akt purer Selbstermächtigung, abseits der demokratischen Legitimierungsprozesse, der im Grunde freiheitsfeindliche und totalitäre Anspruch erhoben, die eigentlichen, die wahren Interessen des gesamten Volkes zu artikulieren und zu repräsentieren. Einen solchen neuen Populismus treffen wir deshalb – unabhängig von den jeweiligen ideologischen Inhalten und Begründungsmustern – sowohl im rechten als auch im linken Außenbereich des politischen Spektrums an.

Diejenigen, die einen solchen Alleinvertretungsanspruch im Hinblick auf den vermeintlichen Volkswillen offen oder konkludent erheben, verlassen damit das demokratische Spektrum. Denn die freiheitlich-demokratische Grundordnung beruht auf der Repräsentation ganz unterschiedlicher und - bei Anerkennung der freiheitlichen Ordnung - gleichberechtigter politischer Überzeugungen. Er beruht auf der offenen Konkurrenz politischer Vereinigungen und politischer Parteien. Der neue Populismus erhebt sich gewissermaßen über dieses Nebeneinander der unterschiedlichen politischen Positionen. Er ist zwar selbst durch und durch „Partei“, beansprucht für sich jedoch gleichzeitig eine absolute Position über allen anderen Positionen, einen Standpunkt über allen Standpunkten. Dieser Grundwiderspruch zeigt sich immer wieder sehr deutlich bei der rechtspopulistischen AfD, wenn sie sich z.B. vollmundig von den „Altparteien“ oder „Systemparteien“ abzugrenzen sucht und sich damit begrifflich in direkter Weise in die gedankliche Traditionen des Nationalsozialismus stellt, der politische Akteure der Weimarer Demokratie bereits mit Begriffen wie Systempartei, Systempolitiker oder Systempresse zu belegen pflegte.

Wir haben es hier im neuen Populismus also strukturell betrachtet mit dem völlig übergriffigen und nicht akzeptablen Anspruch zu tun, allein und ausschließlich die wahren Interessen des Volkes - gegen die wie

auch immer definierten herrschenden Eliten, Mächte oder Establishments - zu vertreten. Diese radikale Systemkritik gibt es aber mitnichten nur am rechten, sondern auch am linken Rand des politischen Spektrums: Nicht zufällig bezeichneten sich die sozialistischen Staaten als „Volks-Republiken“ (und auch heute noch die VR China) und verbanden damit den Anspruch, den wahren Willen des Volkes (*lat. populus*) zu exekutieren. Regimegegner dieses kollektivistischen, totalitären und freiheitsfeindlichen Staatsverständnisses wurden deshalb – wie auch schon im Nationalsozialismus - automatisch zu Staats- bzw. Republikfeinden erklärt. Es darf deshalb auch 30 Jahre nach dem endgültigen Fall des Eisernen Vorhanges in Europa nicht übersehen werden, dass sich z.B. die Linkspartei nach wie vor dieser sozialistischen Systemkritik verschreibt und sie zusammen mit den ihr nahe stehenden linksradikalen Kreisen unbeirrbar am revolutionär-antagonistischen Klassendenken fest hält.

Nicht nur in Deutschland und ganz Europa, sondern auch international verzeichnen wir derzeit in den Demokratien des Westens eine besorgniserregende Zunahme solcher neuer populistischer Strömungen von rechts wie von links, die regelmäßig zur Spaltung der jeweiligen Gesellschaften, zur Erosion bzw. zum Abrieb der demokratischen Standards und zur Gefährdung für die freiheitlich-rechtsstaatlichen Grundordnungen führen.

Mit den beiden Harvard-Professoren Steven Levitsky und Daniel Ziblatt lassen sich vier Kriterien bzw. Warnzeichen für demokratiefeindliche Tendenzen, Gruppierungen und Akteure benennen. Das sind:

1. Die Ablehnung etablierter demokratischer (verfassungsgemäßer) Spielregeln und Standards,
2. die vollständige Leugnung der Legitimität der politischen Mitbewerber und die damit einhergehende Diskreditierung des politischen Gegners als Feind,
3. die direkte oder indirekte Tolerierung bzw. Akzeptanz oder der Aufruf zur Gewalt sowie
4. die Bereitschaft zur Einschränkung bürgerlicher Freiheitsrechte (unter Einschluss der Medien)¹.

Nach Levitsky und Ziblatt reicht in der Regel auch schon eines dieser vier Kriterien für sich allein genommen aus, um auf ein ernst zu nehmendes politisches Gefährdungspotential schließen zu können. Wendet man diesen demokratischen „Lackmus-Test“ von Levitsky und Ziblatt konsequent und unvoreingenommen auf Parteien wie die AfD oder die Linkspartei und viele ihrer Vertreter, Unterstützer und Repräsentanten an, findet man sofort ein reichhaltiges Beispiel- und Anschauungsmaterial. Dieser Kriterienkatalog bildet einen guten, weil objektivierbaren Maßstab zur Schärfung der Urteilsbildung in Bezug auf gefährliche populistische, verfassungsfeindliche und ideologische Tendenzen in unserer Gesellschaft. Mit Hilfe eines solchen Kriterienkataloges lassen sich darüber hinaus auch schnell und zielsicher alle demokratie- und freiheitsfeindlichen Ideen identifizieren - von verkappten neomarxistischen Revolutionsphantasien und sozialistischen Klassenkampf-Anschauungen bis hin zu offen verhetzenden rassistischem, antisemitischem oder islamistischem Gedankengut.

Von den radikalen Rändern geht eine wachsende Gefahr für die Mitte der Gesellschaft aus, denn diese Ränder drängen mit ihrem Gedankengut zunehmend auch in die staatstragende Mitte hinein.

¹ Vgl. Steven Levitsky/Daniel Ziblatt, *Wie Demokratien sterben*, DVA, München 2018, S. 32 – 34.

Ursachen für den neuen Populismus

Was sind nun aber die möglichen Ursachen für dieses neue populistische Denken, das gemeinschaftsschädigende Wirkungen entfacht und unsere Gesellschaft mehr und mehr zu spalten droht?

Zum einen ist die materiell-ökonomische Unzufriedenheit zu sehen. Das Ziel der Sozialen Marktwirtschaft, „Wohlstand für alle“ zu schaffen, erscheint vielen Bürgern – trotz hervorragender wirtschaftlicher und arbeitsmarktpolitischer Rahmenbedingungen - nicht mehr glaubhaft. Aber es handelt sich bei den für Populismus oft in den Blick genommenen Bevölkerungsgruppen - soziologisch betrachtet – keineswegs nur um sogenannte Modernisierungsverlierer und sozial Abgehängte, sondern vielfach auch um Menschen der Mittelschicht, die von sozialen Abstiegsängsten und „Statuspanik“² geplagt sind, wie man z.B. an der rechtspopulistischen Wählerschaft der AfD erkennen kann. Aber auch die politische Linke tritt hier auf den Plan, indem sie die soziale Lage in Deutschland permanent in den dunkelsten Farben malt, die Errungenschaften des deutschen Sozialstaates klein redet und über die soziale Frage gezielt gesellschaftliche Polarisierungen betreibt. Ein Blick auf die Fakten zeigt: Noch nie ging es uns so gut wie heute – auch im internationalen Vergleich. Die Massenarbeitslosigkeit ist überwunden, Vollbeschäftigung nahezu erreicht. Die Sozialtransfers waren fast noch nie so hoch wie heute und die Sozialleistungen in Deutschland steigen stärker als die Wirtschaftsleistung.

Doch es gibt noch viele andere Gründe, warum populistische Kräfte derzeit verstärkten Zulauf erhalten. Hierzu zählen zum Beispiel die Angst in Teilen der Bevölkerung vor den Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt durch den technologischen Wandel (fortschreitende Digitalisierung) oder vor einem grundstürzenden kulturellen Wertewandel, u.a. in Folge der großen Zuwanderung 2015/2016, insbesondere aus den überwiegend muslimisch geprägten Regionen und Ländern des Nahen Ostens, Asiens und Afrikas. Durch einen kleinen Teil dieser Zuwanderung geht aus der Sicht vieler besorgter Mitbürger dennoch eine als erheblich eingestufte Bedrohung der inneren Sicherheit einher. Gewaltkriminalität (inkl. Sexualdelikte) und eine gewachsene terroristische Bedrohungslage verunsichern. Zwar sprechen auch bei Thema „Innere Sicherheit“ am Ende feststellbare und zählbare Entwicklungen eine andere Sprache. Doch bündeln sich hier nicht nur objektive Fakten. Vielmehr wirken auch Stimmungslagen und Schlagzeilen, die den Eindruck von Kontroll- und Sicherheitsverlust vermitteln. Vermehrt wird auch die Funktionsfähigkeit unserer demokratischen Institutionen und Verfahrensregeln selbst in Frage gestellt. Eine in einigen Bereichen nur noch als unzureichend wahrgenommene Rechtsdurchsetzung bildet aus der Sicht vieler Bürger zunehmend ein Problem in unserem Land: Wenn z.B. mittlerweile abgelehnte Asylbewerber in großer Zahl, zum Teil nach jahrelangen juristischen Prozessen, zwar als unverzüglich ausreisepflichtig gelten, faktisch jedoch zum überwiegenden Teil nicht abgeschoben werden können, schwindet sowohl die Zustimmung zur großzügigen und menschenfreundlichen deutschen Asylpolitik als auch das Vertrauen in den Rechtsstaat insgesamt.

Und es gibt weitere Unmutsquellen, die Populisten instrumentalisieren. So entfernen sich die Politiker nach Ansicht vieler Menschen zunehmend vom unmittelbaren persönlichen Kontakt mit den Menschen. Seien es Wahrhaftigkeits- und Vertrauensdefizite bei Verantwortlichen in Parteien, Gesellschaft und Staat, die zur

² Vgl. Philip Manow, Die Politische Ökonomie des Populismus.

Verunsicherung beitragen. Professionelle Unfähigkeit bei Infrastruktur-Maßnahmen (BER), politische Ratlosigkeit bei existenziellen Problemen der Menschen (Mangel an bezahlbarem Wohnraum), unternehmerischer Rechtsbruch (VW-Skandal) und dergleichen mehr. Oft werden Kompetenz, Handlungsfähigkeit und Glaubwürdigkeit der handelnden Personen zu entscheidenden Urteilkriterien über politische und gesellschaftliche, nationale und internationale Prozesse insgesamt.

Schließlich ist zu berücksichtigen, dass Prozesse in heutigen offenen Gesellschaften, in einer multipolaren Welt vielen Bürgern als zunehmend unverständlich und undurchschaubar erscheinen. Die neuen sozialen Medien und Netzwerke (Facebook, Twitter, Instagram, youtube etc.) mit ihrem Hang zur persönlichen Selbstdarstellung und zu individualistischer und damit oft verkürzter Sicht der Dinge haben sich lebensweltlich als weitere Plattform zwischen Politik und Gesellschaft geschoben. Sie können deshalb – gerade bei sensiblen Themen - wie ein Brandbeschleuniger wirken. Eine unkritische Rezeption des Umgangs mit diesen Netzwerken und ihren Inhalten birgt ebenfalls erhebliche Gefahren für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die Filterblase, die „bubble“, also die Abgeschlossenheit in den immer gleichen virtuellen Echokammern, muss geradezu als das Gegenteil einer kultivierten Streitkultur betrachtet werden, denn es handelt sich hier nicht selten um in sich verkapselte radikale Einzelmilieus.

Wachsende Politik(er)verdrossenheit führt – früher oder später – aber auch zu Demokratieverdrossenheit.

Welche Antworten kann die Politik geben? – Maßnahmen zur Stärkung von Zusammenhalt und Gemeinschaft

Angesichts dieser besorgniserregenden und äußerst vielschichtigen Gemengelage, sind wir zu einer politischen Neubesinnung aufgerufen. Es geht vor allem um den verantwortungsethischen Blick auf die zentrale Hauptaufgabe von Politik: Sie muss nah bei den Nöten, Ängsten und Problemen der Bürger sein und wird faktisch daran gemessen, inwiefern diese einer befriedigenden politischen Lösung zugeführt werden. Das erfordert gleichzeitig in vielen Politikfeldern eine realistische Rückbesinnung darauf, was politisches Handeln zu leisten vermag und wo dem Gestaltungswillen auch klare Grenzmarken gesetzt sind.

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben, sind für uns die folgenden Punkte von zentraler Bedeutung:

- Die **Grundlagen unseres Zusammenlebens**, die uns seit der Verabschiedung des Grundgesetzes durch den Parlamentarischen Rat vor 70 Jahren Frieden, Freiheit und Wohlstand gebracht haben, werden viel zu selbstverständlich genommen. In Zeiten von Populismus und wachsender Demokratiegefährdung müssen wir diese, unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung aber immer wieder wertschätzen und verteidigen.
- Wie noch nie zuvor stehen wir vor einer Fülle von äußerst komplexen globalen Herausforderungen und Problemen, die ein konsequentes, vernetztes und verantwortliches politisches Handeln erfordern. Die diesbezüglichen Antworten der politischen Linken, also von Linkspartei, SPD und Grünen, bestehen aber ganz überwiegend nur aus Verboten, Reglementierungen und Staatsübergriffen. Diese führen zu einem immer verästelteren und detaillierteren Kontrollwesen,

das die Freiheitsspielräume der Bürger immer weiter einschränkt. Demgegenüber setzen wir uns als CDU und CSU für eine **Kultur der freiwilligen Selbstverpflichtung** und der vermehrten Problemlösung durch **Innovation, Forschung und Förderung der Bürgergesellschaft** ein.

- **Bürgernähe** ist entscheidend und auch das vorurteilsfreie Zuhören und sensible Wahrnehmen, was die Menschen im Lande und vor Ort wirklich, d.h. existentiell, umtreibt und belastet, aber auch was Zustimmung findet. Nur durch permanenten Kontakt zum Bürger selbst kann elementares Vertrauen in die Politik wieder zurückgewonnen werden. Eine Grundsensibilität ist vonnöten, dass es in der Politik in erheblichem Umfang um Entscheidungen geht, die tief und unmittelbar in die Lebenswelt der Bevölkerung eingreifen. Es geht darum, sich deutlich für einen Politikstil einzusetzen, der sich wieder in die vielfältige Welt der Bürger selbst begibt. Denn Politik ist vor allem Dienst am Menschen und an der Demokratie.
- Ein sorgsamer und **sensibler Umgang mit Sprache** ist dabei oberstes Gebot. In der politischen Diskussion sollte man nicht in dem heute leider üblich gewordenen aggressiv-polemischen Ton argumentieren. Dem verhetzenden, ausgrenzenden und polarisierenden Parolen und Schlagwörtern in Politik und Gesellschaft muss eine neue wertschätzende, zugewandte und stets auch um Versöhnung bemühte Kultur der Kommunikation und der sachorientierten Argumentation entgegengesetzt werden. Also eine Kommunikation, die in erster Linie nicht einfach richtet und verurteilt, sondern zu verstehen versucht. Eine politische Streitkultur, die vor allem zu differenzieren weiß und der Komplexität der Herausforderungen und unterschiedlichen Perspektiven gerecht zu werden sucht. Eine Streitkultur, in der auch das Zuhören einen hohen Stellenwert besitzt.
- Anstelle von **ideologischen Heilslehren** ist vielmehr ein **wertefundierter politischer Pragmatismus** gefragt, der Maß und Mitte einhält und sich, statt ungedeckte Schecks in Form von blumigen, aber kaum einlösbaren Wahlversprechen zu verteilen, nüchtern, sachlich und verantwortungsvoll auf das Machbare, Sinnvolle und Durchsetzbare beschränkt. Im Karl Popper'schen Sinne brauchen wir ein politisches Grundverständnis, das sich wieder verstärkt seiner natürlichen Selbstbegrenzung bewusst ist. Gerade für ein Politikverständnis, das auf dem Christlichen Menschenbild fußt, sollte dies ohnehin zentral und selbstverständlich sein: „Jeder Mensch ist Irrtum und Schuld ausgesetzt. Darum sind auch der Planungs- und Gestaltungsfähigkeit der Politik Grenzen gesetzt. Diese Einsicht bewahrt uns vor ideologischen Heilslehren und einem totalitären Politikverständnis. Sie schafft Bereitschaft zur Versöhnung.“³ Das **Christliche Menschenbild**, dem CDU und CSU verpflichtet sind, weiß deshalb um die Endlichkeit und Vorläufigkeit sowie die Fehlerhaftigkeiten und Beschränkungen unserer menschlichen Natur.⁴

³ Freiheit und Sicherheit – Grundsätze für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands. Beschlossen vom 21. Parteitag, Hannover, 3.-4. Dezember 2007, S. 8, Ziffer 7.

⁴ Der ganz spezifische christdemokratische Politikansatz mit seiner unideologischen und tiefer liegenden Verankerung im christlichen Verständnis vom Menschen bietet hier im Übrigen nach wie vor eine vorzügliche Grundlage für einen wertegeleiteten Pragmatismus, der zur Versöhnung der politischen Gegensätze besonders geeignet ist. Das „C“ ist inklusiv-einladend und nicht exklusiv-abgrenzend zu verstehen. Es will versöhnen und zusammenführen, statt zu spalten und zu polarisieren. Es hat eine grundlegend anti-ideologische und anti-totalitäre Ausrichtung. Es signalisiert einen dezidiert praktisch-

- In diesem Zusammenhang gilt es an die hochaktuelle Unterscheidung Max Webers zwischen **Gesinnungs- und Verantwortungsethik** zu erinnern: Die eigenen (guten) Absichten können nicht als alleinige Richtschnur des Handelns gesehen werden. Stattdessen ist der Unterschied zwischen Gewolltem und Bewirkten zu berücksichtigen. Mit Karl Popper ist diese Unterscheidung sogar noch auf die kritische Abschätzung auch womöglich unbeabsichtigter Folgen politischer Handlungen zu erweitern. Gerade in der Sozial-, Finanz- und Wirtschaftspolitik erleben wir regelmäßig eine Fülle schlimmer Folgen von ursprünglich gut gemeinten Entscheidungen. Eine Politik, die keine hinreichende und umfassende Folgenabwägung ihres Handelns vornimmt und die die grundsätzliche Begrenztheit sowohl der menschlichen Möglichkeiten als auch der natürlichen Ressourcen missachtet, trägt bereits den Keim des Scheiterns in sich selbst und kann insofern auch nicht als verantwortlich und nachhaltig angesehen werden.
- Wie letztlich alle ideologischen Anschauungen und Haltungen bilden derzeit auch nicht selten **moralistische Politikauffassungen**, so wie sie zumeist im linken politischen Spektrum anzutreffen sind, ebenfalls eine großes Problem⁵. Gerade in vielen von links-grün geprägten politischen Milieus sind regelmäßig geradezu rigoristische Verabsolutierungen der eigenen, in Wirklichkeit aber sehr subjektiv geprägten politischen Standpunkte zu beobachten. Solche Positionen neigen dazu, völlig zu unterschlagen, dass die freiheitliche Demokratie wesentlich vom gründlichen Austausch der unterschiedlichsten, miteinander konkurrierenden Argumente lebt. Nur in totalitären Herrschaftsformen, nicht aber in der parlamentarischen Demokratie gibt es angeblich nur eine einzige zulässige bzw. ethisch-legitime Anschauung. Es kommt zum Teil, wie etwa an manchen Gleichstellungsforderungen in Bezug auf Minderheitenrechte („Ehe für alle“) oder dem Themenkomplex „Gender-Gerechtigkeit“ deutlich wird, bisweilen fast schon zu einer Art militanter Unduldsamkeit gegenüber abweichenden politischen Positionen, bei der dann die jeweils Andersdenkenden ausgegrenzt, dämonisiert und persönlich an den Pranger gestellt werden. Dies ist nicht nur als ein klarer Verstoß gegen elementare kommunikativ-diskursive Anstandsregeln sowie als ein eklatanter Widerspruch zum oft in diesen Kreisen selbst vehement vertretenen Toleranz- und Diversitäts-Paradigma zu werten, sondern im Kern auch demokratiefeindlich. Denn Demokratie lebt vom Dialog, nicht vom Monolog. Demokratische Debatten leben von der Vielfalt, nicht der Einfalt. Und Politik in einer freien und offenen Gesellschaft hat es nicht mit absoluten Wahrheitsansprüchen zu tun, sondern mit der Bemühung um die verantwortliche Bewältigung der „vorletzten Dinge“ (Bonhoeffer).
- **Politische Entscheidungen sollten sich nicht von flüchtigen Stimmungen und Meinungsumfragen abhängig machen** und ebenso wenig an kurzfristigen Partei- und Wahlkampfinteressen ausrichten, sondern ausschließlich an dem bemessen, was man – mit bestem

verantwortungsethischen und real-lebensweltlichen Anspruch an den eigenen politischen Auftrag, keinen bloß theoretischen oder gar abstrakt-gesinnungsethischen (s.u.).

⁵ Vgl. Andreas Rödder, Konservativ 21.0 – Eine Agenda für Deutschland, S. 15: „Was auf der linken Seite geschieht, lässt sich als Moralisierung des Regenbogens bezeichnen. Das Paradigma von Diversität und Antidiskriminierung, *gender mainstreaming* und Inklusion geht auf den postmodernen Dekonstruktivismus (...) zurück. (...) Die Kultur des Regenbogens erbrachte überfällige Emanzipationsgewinne für vormals Benachteiligte und Marginalisierte, insbesondere Frauen und Homosexuelle. Sie neigt aber zugleich zu einer ideologischen Verabsolutierung, die aus mangelnder Selbstreflexion resultiert.“

Wissen und Gewissen und nach gründlicher Prüfung (und Selbstprüfung) – für richtig und notwendig erachtet. Die historischen Sternstunden in der Politik gab es immer dann, wenn dem Volke nicht einfach zu Munde geredet worden ist, sondern wenn sich auch zunächst regelrecht unpopulär wirkende Entscheidungen am Ende als richtig und erfolgreich herausgestellt haben. Beispiele hierfür sind z.B. Ludwig Erhards Kampf für die Durchsetzung der Sozialen Marktwirtschaft, Konrad Adenauers klares Bekenntnis zur Westbindung und zur deutschen Wiederbewaffnung und Helmut Kohls Einsatz den NATO-Doppelbeschluss, für die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes sowie die Europäische Integration. Politik sollte offen sein für Veränderungen. Politiker und Parteien ohne funktionierenden Kompass, ohne Verlässlichkeit in ihren Grundentscheidungen und ohne feste Prinzipien verspielen jedoch das Vertrauen der Bürger.

- **Verantwortliche Politik ist stets wertgebunden**, beginnt aber praktisch zu allererst mit der nüchternen Betrachtung der Realitäten. Deshalb sollte sie keinesfalls ohne hinreichende Rücksicht auf die ökonomischen Auswirkungen betrieben werden. Im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft sollte die Wirtschaft niemals als ein dem politischen Gestaltungswillen zu unterwerfendes, sondern als ein die Menschen verbindendes Sozialsystem gewürdigt werden. Verantwortliche Politik hat sich daher immer auch auf die genaue Analyse der jeweiligen ökonomischen Voraussetzungen und Folgen zu gründen. In diesem Zusammenhang ist auf den alten Grundsatz zu achten: Soviel Staat wie nötig, soviel Markt wie möglich. Dass die Finanz- und Euro-Krise, neben der horrenden Staatsverschuldung, wesentlich auf mangelnder Regulierung der Finanzmärkte beruhte, ist offensichtlich. Aber dies belegt bei näherer Betrachtung nur, dass der Staat bisweilen zu wenig in den Bereichen reguliert, in denen er eigentlich regulieren sollte und zu viel in Bereichen, in denen Märkte für die Menschen leistungsfähiger sind. Ein gutes Beispiel dafür ist die aktuelle Wohnungsnot-Debatte, in der in geradezu absurder Weise in den Reihen von SPD, Grünen und Linken sogar wieder sozialistische Enteignungsphantasien aufleben. Wir brauchen im Bereich des dringend benötigten Wohnungsbaus jedoch keine Verstaatlichung, sondern Anreize zum Bauen und einen vertrauensvollen Umgang mit Wohnraum.
- Das **gesellschaftliche Miteinander in Vielfalt** ist so zu gestalten, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt wieder gestärkt wird. **Freiheit und Verantwortung, Solidarität und Gerechtigkeit** zu leben bedeutet: Der Starke muss seine Stärke leben dürfen, auch zum Wohle der Gesellschaft und der Schwache muss dort, wo er Hilfe braucht, die Solidarität der Gesellschaft erfahren können. Ängste der Menschen, z.B. vor dem Klimawandel oder vor Altersarmut, sind ernst zu nehmen und müssen noch intensiver diskutiert werden. Wir müssen auch denjenigen, die sich abgehängt fühlen, die mit dem Lebens- und Arbeitstempo nicht Schritt halten können, Angebote machen, damit sie sich sinnstiftend in die Gesellschaft einbringen können.
- **Asylbewerber, Flüchtlinge und Zuwanderer** kommen mit dem politischen Bild ihres Herkunftslandes nach Deutschland, das von ihrem Kulturkreis geprägt ist. Bei Bürgern benachbarter europäischer Staaten sind wegen der kulturellen Nähe kaum Probleme zu erwarten, konfliktreicher wird es aber, wenn es sich um Bürger aus entfernteren Kulturkreisen handelt. Hier sei besonders auf das **Israel-Bild** bei einem Teil der Zuwanderer aus muslimisch geprägten Ländern hingewiesen, das teilweise Züge eines klaren **Antisemitismus** trägt, dem wir uns konsequent entgegenstellen.

Unsere Gesellschaft muss Stärke zeigen, Verhalten und Ansichten, die außerhalb des Grundgesetzes liegen, einzudämmen und deren Verbreitung zu sanktionieren. Sie muss zur gleichen Zeit die Größe haben, in unsere Gesellschaft bereichernde Elemente aus den eingereisten Kulturkreisen zu integrieren. Integration ist keine Einbahnstraße: Einerseits müssen wir Neues integrieren, andererseits müssen Migranten unser Wertegebäude verstehen lernen und annehmen. Das **Grundgesetz** gilt für alle. Das Bewusstsein hierfür muss gestärkt werden.

- **Presse und Medien**, ganz besonders aber die Betreiber der sozialen Netzwerke haben die Aufgabe, ihre Berichte nur den Tatsachen entsprechend zu publizieren und dafür Garantien zu übernehmen. Bei unrichtiger oder verfälschter Berichterstattung darf kein Quellenschutz bestehen. Außerdem muss auf eine ausgewogene Berichterstattung geachtet werden, bei der Information und Meinungskommentar klar voneinander zu trennen sind.⁶
- **Bildung** ist schließlich der wichtigste Beitrag zum Zusammenhalt der Gesellschaft. Gute Bildung führt zu Chancengerechtigkeit und verhindert ein Auseinanderdriften der Gesellschaft. Die Qualität von Bildung und Erziehung stärkt die Möglichkeit der Bürgerbeteiligung und den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.

Gerade für uns als Christen in der Politik sind **Vertrauen und Glaubwürdigkeit entscheidende Kategorien**. Ohne sie kann es keine förderliche Politik, keine lebendige freiheitliche und rechtsstaatliche Demokratie geben. Wo das Vertrauen in die handelnden Personen, die Institutionen und die demokratischen Verfahren und Abläufe schwindet, wird es darum hochproblematisch und hochgefährlich. Dieses Vertrauen in die Politik gilt es wieder gemeinsam zu stärken und allen Kräften entschlossen entgegen zu treten, die dieses kostbare Gut beschädigen.

Wir wollen deshalb populistische, extremistische und demokratiefeindliche Tendenzen nicht einfach geschehen lassen – egal von welcher Seite. Unterschiedliche Interessen, Lebensstile und Meinungen gehören zu jeder freiheitlichen Ordnung. Um sie auszugleichen und um zu Entscheidungen zu kommen, braucht es öffentliche sachgemäße Debatten und eine konstruktive Streitkultur. Am Ende des Prozesses müssen politische Entscheidungen demokratisch legitimiert werden und nicht auf der Straße oder in den Filterblasen radikaler Einzelmilieus gefunden werden.

Eine freiheitliche und friedfertige Gesellschaft ist nur so lange friedfertig und frei, wie wir auch selbst für sie eintreten. Als Christen in der Politik sind wir dazu aufgerufen, Anwälte der Versöhnung zu sein und Brücken zu bauen. Dazu wollen wir unseren Beitrag leisten.

⁶ Vgl. Michael Haller, Die „Flüchtlingskrise“ in den Medien – Tagesaktueller Journalismus zwischen Meinung und Information. Eine Studie der Otto Brenner Stiftung, Frankfurt am Main 2017, S. 133: „Der journalistische Qualitätsgrundsatz, aus neutraler Sicht sachlich zu berichten, wird in rund der Hälfte der Berichterstattungen nicht durchgehalten. Insbesondere die Art und Weise, wie über die Positionierung eines Politikers berichtet wird, ist oftmals wertend und beurteilend, bei Vertretern der Opposition mitunter auch ‚von oben herab‘.“